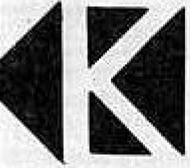
KORRESPONDENZ





MEINUNGEN
BERICHTE
DOKUMENTE

der Berliner NATIONALDEMOKRATEN

Nr. 3 / 84 — 14. Jahrgang — DM 1,50



Deutschland muß souverän werden

Alternative: EG-Austritt

"Das Beste wäre, die Hälfte der Beamten totzuschlagen", hatte Ex-Kanzler Helmut Schmidt schon 1974 über das Unwesen der EG-Bürokratie gewettert. "Die teuren Herren produzieren nur Marktordnungen für Schnittlauch und Blumenzwiebeln." Geändert hat Schmidt daran natürlich nichts.

Die luxuriösen Eurokraten in Brüssel, Luxemburg und Straßburg erfreuen sich nicht nur bester Gesundheit, sie vermehren sich auch schneller als die Karnickel. Gab es 1973 noch 12034 Bedienstete so waren es 1975 immerhin schon 13261 und 1978 bereits 15411.
Der Drang nach Europa hat handfeste materielle Gründe. Nirgends auf der Welt kassieren Staatsdiener, wenn man die EG-Beamten mal generös als solche sieht, so viel, wie beim Hüten und Ausgestalten der Verträge von Rom.
So verdient z.B. ein EG-Kommissar netto mehr als der Bundeskanzler; das Gehalt eines EG-Generaldirektors entspricht dem eines Bundesministers in Bonn. Hinter vorgehaltener Hand mokierten sich schon viele in eigenen Diätenfragen nicht eben zimperliche Bundestagsabgeordnete über die Einkommensunterschiede zwischen Bonn und Brüssel, die in keinerlei Verhältnis mehr zur Leistung stehen.
Der CDU-Haushaltsexperte H.P. Schmitz stellte schon vor sechs Jahren fest, "es ist finanziell interessanter, EG-Abteilungsleiter für Ziegenfleisch in Brüssel zu sein, als sich als MdB (Mitglied des Bundestages) für das Wählervolk abzurackern.
Die "Leistungen" der Eurokraten sind es denn auch, die den Europawahlkämpfern der Systemparteien, deren Wahlprogramme nahezu austauschbar sind, Sorgen bereiten; denn wie will oder soll man den Wählern ein in Jahrzehnten produziertes buchstäbliches Nichts schmackhaft machen, das überdies Unsummen verschlingt, jedoch als absolute Notwendigkeit angepriesen werden muß.
Wie der kaum von einer Tageszeitung zur Kenntnis genommene Bericht der "Forschungsgruppe Wahlen" in Bonn (vom Januar 1984) aussagt, rechnet man mit der Möglichkeit, daß die Beteiligung bei der Europawahl nicht mal die 50%-Marke erreicht. "Das von den Regierenden erhoffte deutliche "Ja" zu Europa dürfte mit Sicherheit ausbleiben", heißt es in diesem Bericht.

Zum Jahresanfang zeigten lediglich 22,5% der bundesdeutschen Wähler Interesse an der Europawahl; 47% sind "nicht besonders interessiert" und 30% sind überhaupt nicht interessiert. Resümee der Bonner Forschungsgruppe: "Insgesamt hat das Europäische Parlament und auch die EG als solche in den Augen der Wähler eher an Reputation (Ansehen) verloren." Diese betont zurückhaltende Lagebeschreibung umreißt den günstigen Hintergrund, vor dem die NPD zu den Europawahlen antritt.
Der erste am 16. Mai ausgestrahlte NPD-Wahlwerbespot ist überall positiv aufgefallen u. aufgenommen worden. Die von den Nationaldemokraten eingebrachten Alternativen sind in der Diskussion; die Interessentenmeldungen reißen nicht mehr ab. Die NPD ist präsent. Der urteilsfähige Wähler ist gefordert.

- cf -





Der 26. April in Berlin-Spandau

Von den Massenmedien unbeachtet blieben die Aktivitäten derer, für die der 90. Geburtstag von Rudolf Heß Anlaß war, öffentlich Anklage gegen die nun 43 Jahres währende Inhaftierung und langsame Hinrichtung des einsamsten Gefangenen der Welt zu erheben. In Stockholm stürmten schwedische Jugendliche das Gelände der sowjetischen Botschaft und forderten "Gebt Heß frei!". Und in Berlin ? Punkt 18⁰⁰ setzte sich ein LKW mit zehn Personen in der Nähe des sog. "Kriegsverbrechergefängnisses" in Bewegung und durchbrach die angebrachten Absperrgitter. Er hält unmittelbar vor dem Gefängnistor. Ehe die Polizei heran ist, haben die zehn schon 9000 gelbe Rosen (Heß' Lieblingsblume) auf dem gesamten Vorhof verstreut. Die Aktion unter Federführung des langjährigen ehemaligen BHJ-Amtsträgers Uwe Berg (Toppenstedt) endet zunächst mit der Festnahme der Teilnehmer incl. erkennungsdienstl. Behandlung wegen Verletzung der für diesen Tag um das Gefängnis herum per britischen Besatzerbefehl geltenden Bannmeile. Über evtl. Folgen werden wir ggf. berichten. Als kurz nach 20⁰⁰ Uhr eine Abordnung Junger Nationaldemokraten auf dem Parkplatz gegenüber dem BESATZUNGSKERKER eintraf, war sofort Polizei zur Stelle und forderte angesichts mitgebrachter Fackeln und Transparente strikte Einhaltung des Bannmeilenbefehls. In Höhe der nahegelegenen Kirche und in guter Sichtweite des Kerkers entzündeten die JN Fackeln und entrollten Transparente "Wann wird Rudolf Heß befreit ?" sowie "Freiheit für Rudolf Heß!". Diese Mahnwache in der Dämmerung fand nicht nur bei einheimischen Passanten Beachtung. Eine Gruppe skandinavischer Touristen bekundete ihre Solidarität mit den JN und sammelte unter sich insges. 55 DM, die dem JN-Landesvorsitzenden Norbert Schmid als Spende übergeben wurde. Die Aktion erbrachte ferner mehrere jugendliche Interessenten, die mehr über die JN wissen wollen. Bei Redaktionsschluß waren bereits zwei von ihnen beigetreten. Ein ebenfalls anwesender Fotojournalist knipste zwar eifrig, in der Presse jedoch schwieg man sich weitestgehend aus. Ein besonders widerwärtiger Kommentar im "Volksblatt Berlin" zu Heß' 90. Geburtstag wurde erfolgreich mit mehreren Leserbriefen bedacht. Nach Abschluß der Mahnwache trafen sich die Kameraden noch mit Interessenten im Ratskeller Spandau, tauschten Erfahrungen aus und berichteten von jenen alliierten Willkürmaßnahmen und -befehlen, die den Nationaldemokraten in Berlin die Öffentlichkeitsarbeit unmöglich machen sollen; theoretisch . Wo ein Wille, ist auch ein Weg !

Zehn Demonstranten vor dem Gefängnis Spandau festgenommen

Vor dem Spandauer Kriegsverbrechergefängnis in der Wilhelmstraße demonstrierten am Donnerstag abend mehrere Personen anläßlich des 90. Geburtstags von Rudolf Heß. Wie die Polizei mitteilte, wurden sechs Männer und vier Frauen wegen Verletzung der Bannmeile vorübergehend festgenommen. Die Demonstranten waren auf einem Lastwagen vor das Tor gefahren und hatten einige tausend gelbe Rosen abgeworfen. Auf einem Flugblatt, das Heß als Mann darstellt, der den Deutschen unter Einsatz seines Lebens Frieden bringen wollte, wurde die Freilassung des Gefangenen gefordert. (Tsp)

TAGESSPIEGEL 28.4.1984

"Volksblatt Berlin" 15.5.1984

Rachedenken

Offenbar kann so mancher Eiferer, der dem 90jährigen Rudolf Heß nach 43 Jahren Haft kein friedliches Ende in Freiheit gönnt, den Tatsachen schlecht ins Auge sehen. Im Gegensatz zu der Behauptung des Lesers W. Richter, Heß sei wegen „Verbrechen gegen die Menschheit" (korrekt: „Menschlichkeit") verurteilt worden, steht die Tatsache, daß Heß in Nürnberg von eben diesem Vorwurf gerade FREIgesprochen wurde. Verurteilt wurde er wegen „Verbrechen gegen den Frieden".

Wäre dies auch heute noch ein gültiger Straftatbestand, würde eine stattliche Anzahl derzeitiger Staatsmänner hinter Gittern sitzen; doch das Nürnberger Tribunal galt, wie wir heute wissen, nur für Deutsche.

Wer also Heß noch länger im Kerker wissen will, sollte wenigstens ehrlich zugeben, daß er einen Menschen symbolisch für dessen politische Anschauungen lebenslang einzusperren für richtig hält.

Solches alttestamentarisches Haß- und Rachedenken, das hier bei einigen Spezialhumanisten sichtbar wird, kann nur erschrecken und betroffen machen. Menschlichkeit gegenüber jedermann zu üben, ist auch fast 40 Jahre nach Kriegsende (leider) noch längst nicht jedermanns Sache.

MADJERA, Wedding

LIEBER UNGEZOGEN ALS UMERZOGEN JN

AUFRUF

Der NPD-Landesvorstand Berlin ruft nochmals alle Interessenten und Leser der KORRESPONDENZ auf, am 16./17. Juni 1984 zur Teilnahme am 15. ord. NPD-Landesparteitag im Exil in Schleswig-Holstein, sowie an der Gedenkveranstaltung mit Kranzniederlegung am Marineehrenmal in Laboe. Die Kosten (Fahrt incl. Übernacht.+ Frühstück) liegen unter 80 DM. Anmeldung und Auskunft werktags zwischen 17 u. 18 Uhr unter der Rufnummer: 451 30 07 .

VERBANDSNOTIZEN

Dr. Heinz Schimmerohn, NPD-Landesvors. von Niedersachsen, sprach auf dem diesjährigen traditionellen NPD-Landesverbandstreffen zum "Tag der Arbeit" in Neukölln. Er führte u.a. aus, daß der arbeitende Mensch wieder in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gestellt werden muß und nicht derjenige, der das soziale Netz als Hängematte mißbraucht. Die derzeitigen Repräsentanten des Staates seien Negativ-Zerrbilder dessen, was unser Volk zur inneren Regeneration brauche."Die Zeichen der Zeit stehen für die NPD momentan günstiger als je zuvor", rief Dr. Schimmerohn unter dem Beifall der zahlreich Anwesenden aus. Die Veranstaltung endete mit der ungekürzten Nationalhymne.

Auf der letzten Veranstaltung des KV Bln.-Südwest berichteten zwei Parteifreunde, die vor wenigen Jahren aus der SBZ freigekauft wurden, über ihre Erfahrungen mit den Exekutivorganen Honeckers. Ein lehrreicher Abend in Sachen "marxistischer Humanismus".

Mit den Wölfen heulen?

NEIN!!

Mitte Mai referierte der JN-Bundesvorsitzende Hermann Lehmann auf einer gemeinsamen Veranstaltung des NPD-KV Bln.-Nord und den JN-Berlin in Wedding über die "EG-Zeitbombe "Ausländer". Alles müsse darangesetzt werden, der Bevölkerung zu verdeutlichen,welche Flut von Ausländern im Falle der EG-Assoziierung mit der Türkei nach Mitteleuropa schwappe, betonte Lehmann. Hier werde leichtfertig mit der Gefahr eines Bürgerkrieges gespielt. Es sei im übrigen ein Ding der Unmöglichkeit, daß in Berlin lebende Italiener oder Franzosen, nicht aber die Berliner selbst bei der Europawahl wahlberechtigt seien. Der in Berlin weilende NPD-Bundesschatzmeister H. Waldenmaier sprach eingangs ein Grußwort. Ein achtbares Spendenergebnis krönte den Abend im überfüllten Saal.

Komm' zu uns!

Diesem Appell folgen zunehmend mehr Deutsche und werden Mitglied bei den Nationaldemokraten. Zum ersten Mal überhaupt mußte jetzt das Bundesinnenministerium in seinem sog. Jahresbericht des Bundesamtes f. Verfassungsschutz 1983 einräumen, daß die NPD an Mitgliedern <u>zugenommen</u> hat. Zwar wird unverändert der absurde Versuch unternommen, die NPD in die Rechtsaußen-Ecke zu drängen, doch sind die dafür gelieferten "Beweise" keines Kommentars mehr wert.

Der Stellv. NPD-Landesvorsitzende Th. Salomon sprach in der zweiten Aprilhälfte in den Kreisverbänden Hamb.-Altona, Braunschweig, Northeim, Rotenburg/Fulda, Wetterau, Frankfurt, Heilbronn, Ludwigsburg, Stuttgart und Tuttlingen u.a. über das Verhalten unserer EG-Partner Frankreich und Gr.-Britannien in Gestalt ihrer Militärregierungen in Berlin, sowie über die Situation Berlins allgemein. Am 19./20. Mai schwärmten die Berliner Nationaldemokraten unter Führung des Landesvorsitzenden Peter Höppner zum Wahleinsatz aus nach Braunschweig und Wolfsburg und griffen den örtlichen Kameraden beim Wahlkampf unter die Arme.

Impressum

KORRESPONDENZ ist das Organ des Landesverbandes Reichshauptstadt BERLIN der NPD.

Herausgeber: NPD-Landesvorstand, Postfach 42 0 312, 1000 Berlin 42
Postscheckkonto Nr. 2008 60-107. Tel. 451 30 07

Schriftleitung: Thomas Salomon, Postfach 51 0 527, 1000 Berlin 51

Druck: Eigendruck. Erscheinungsweise: Zweimonatlich

Sich wehren lohnt sich doch!

Gegen Anordnungen (Befehle!) der Besatzungsmächte schien bis vor kurzem in Berlin kein (juristisches) Gegenmittel möglich. Drei Rentnern ist es gelungen, in die von Besatzern und Systemparteien gehütete Tabuzone juristischer alliierter Narrenfreiheit einzudringen, die in Berlin seit 1945 besteht. 1979 noch wurde der amerikanische Richter Stern, der vor einem Besatzungsgericht den mitteldeutschen Flugzeugentführer Thiede freisprach und sich danach auf Bitten von Bürgern des Falles der Waldrodungen in Düppel durch Amerikaner annehmen wollte, per Befehl in die USA zurückbeordert. Befehlsgeber war der amerikanische Botschafter in Bonn, Stoessel, in seiner Eigenschaft als amerikanischer Hoher Kommissar in Deutschland. Dennoch hatte Richter Stern einen Stein ins Rollen gebracht, der nicht mehr aufgehalten werden konnte. Zwar wurde das von der Presse weiter als Nichtthema behandelte Besatzungs"recht" zunächst nicht verändert, doch es geriet endlich in die Diskussion, woran die NPD, die als einzige Partei permanent über Besatzungswillkür informiert, ihren bescheidenen Anteil hat. So warnte schon vor Jahren die "Süddeutsche Ztg." vor einem Aufweichen des Besatzungsrechts, könnte doch dann auch die NPD gegen ihre Entrechtung in Berlin vor Gericht ziehen. Die Rentnerin Rosemarie Dostal erzwang im April 1981 in Sachen "Waldrodung Düppel" vor dem "US-Court of Appeals" den Entscheid, daß bis dato als unanfechtbar geltende Besatzerbefehle im amerikanischen Sektor rechtlich überprüfbar bleiben müssen, wenn Freiheit und Privateigentum betroffen sind. Eine ähnliche Entscheidung erwirkten die Rentner Reinelt und Trawnik mit ihrer Klage gegen den britischen Stadtkommandanten vor dem Londoner "High Court of Justice" im Streit um den Bau des größten Schießplatzes Europas in Gatow. Der britische Richter Sir R.Megarry stellte fest, daß das Menschenrecht auf Anhörung durch ein unabhängiges Gericht auch für die Berliner Bevölkerung gelten müsse. Bislang hatten die Besatzer deutschen Gerichten in solchen Fragen stets die Ausübung der Gerichtsbarkeit untersagt. Seit geraumer Zeit schon wehren sich Gatower Bürger gegen den Bau des britischen Schießplatzes, weil der anfallende Lärm drastisch die Wohnqualität verringert. Auf mehreren Veranstaltungen in Gatow haben die Rathausparteien (außer der AL) der Besatzungsmacht das Wort geredet und vor "Verärgerung unserer Schutzmächte" gewarnt. Jetzt, wo ein Londoner Richter die alliierte Selbstherrlichkeit eingeschränkt hat, kommen die besonders Mutigen aus ihren Stellungen und fordern, wie Herr Diepgen bei Reagen, eine "Entrümpelung des Besatzungsrechts". Als die NPD vor einem Jahr diesbezüglich an Weizsäcker schrieb, sah der

(Fortsetzung letzte Seite)

LESERBRIEF im "Volksblatt Berlin"

Antwort ist überfällig

Zu dem Kommentar „Ein Richter am High Court" von Hans Höppner:

Der Londoner Richter Sir Robert Megarry traf den Nagel auf dem von Deutschen bislang peinlich verfehlten Kopf, als er im Zusammenhang mit dem umstrittenen Gatower Schießplatz die Frage aufwarf, weshalb die Berliner im Widerspruch (u. a.) zu Art. 6 der europäischen Menschenrechtskonvention von der Anhörung durch ein unabhängiges Gericht ausgeschlossen bleiben sollen.

Eine Antwort auf die Frage nach Rechtfertigung und Nützlichkeit alliierter Besatzungsvorbehalte in diesem Umfang ist weniger delikat, sondern 40 Jahre nach Kriegsende längst überfällig.

Die berechtigte und nötige Forderung nach Einrichtung einer diesbezüglichen Petitionsstelle bei den Alliierten sollte nicht länger Organisationen wie der NPD vorbehalten bleiben.

Alle Berliner haben Veranlassung, dem Londoner Richter zu danken, eine ständig unter den Teppich gekehrte Frage endlich der öffentlichen Diskussion zugänglich gemacht zu haben, wozu Berliner Politiker fast ausnahmslos weder willens noch fähig waren.

T. SALOMON

Kein Geld in fremde Taschen!

Wer kennt sie nicht, die Briefsendungen von Kleinstgruppen und Vereinigungen der Rechten, die zwar untereinander sehr unterschiedlich, in einem Punkt aber alle gleich sind: In der großzügigen Streuung von Zahlkarten und Bettelbriefen über das ganze Land, die nicht zufällig insbesondere Nationaldemokraten erreichen. Dies wäre an sich kaum erwähnenswert, würden nicht viele Parteifreunde solchen Rattenfängern auf den oft kunstvoll und geschickt ausgelegten Leim krauchen.

Die Praktiken des Schröpfens und des Mißbrauchs der Gutgläubigkeit von Kameraden sind in den vergangenen Jahren immer widerwärtiger geworden. So kann es Ihnen z.B. schon morgen passieren, daß Sie vom Postboten einen Brief erhalten, dem Sie (nach Entrichtung der Nachnahmegebühr) entnehmen, daß Sie ab sofort Mitglied der Vereinigung XY sind und eine große Tat für Deutschland vollbracht haben. Natürlich wird von Ihnen erwartet, daß Sie nun auch das Organ dieser Vereinigung abonnieren. Weitere Aufforderungen dieser Art, vor allem aber weitere Zahlkarten werden folgen.
Diese Art des miesesten politischen Wegelagerertums ist offenbar noch immer nicht dreist und frech genug, um naive Freunde davon abzuhalten, in solch obskure Kassen statt bei der NPD (und n u r dort !) ihre Spenden zu entrichten. Die Folge: Sich "national" gebärdende Vereine und Publikationen (z.B. die NATIONAL + ZEITUNG) empfehlen vor Wahlen entweder CDU/CSU oder FDP, nur eben nicht jene NPD, ohne deren Sympathiesanten bzw. ohne deren Geld sie ihre erbärmliche Zuhältertätigkeit für das etablierte Parteiensystem gar nicht ausführen könnten.
Daneben versuchen noch genug andere Zeitgenossen oder Vereine im Ausland, das dringend benötigte Geld aus nationaldemokratischen Taschen zu ziehen. Schließlich seien noch jene Politnarren erwähnt, die Politik mit Karneval verwechseln, lauthals die Wiedereinrichtung gestriger Systeme mit "Führerprinzip" fordern, sich auf ihren Treffen in wahren Haßtiraden gegen die NPD ergehen, sich dabei der ungeteilten Aufmerksamkeit der Meinungsmedien (die solche Typen erfinden würden, gäbe es sie nicht leider) sicher sein können und natürlich nicht davor zurückschrecken, vorzugsweise ältere Parteifreunde um Geld anzugehen; für neue Koppel und Schaftstiefel, denn Kostümfeste sind bekanntlich nicht billig. Hier sei nicht in Abrede gestellt, daß die Mehrzahl der Mitarbeiter bzw. Mitglieder in nationalen Vereinigungen grundsätzlich guten Willens ist. Nur leider haben fast alle dieser Gruppen eines gemeinsam:

Deutschland braucht NATIONALDEMOKRATEN!

Sie verschweigen bewußt die Existenz und die politische Arbeit der NPD, dienen also dem politischen Gegner, indem sie aufsplitternd wirken.
Jedoch in gleichem Maße, wie sie die größte nationale und demokratische Bewegung Deutschlands ignorieren, versuchen sie, deren Mitglieder um Geld zu erleichtern. Mit welchen skrupellosen, teils rührseligen, teils unverschämten Bettelbriefen dies unternommen wird, auf denen auch noch JN-Aktionsfotos abgedruckt sind (wohlgemerkt: nachdem die Buchstaben "JN" zuvor säuberlich entfernt wurden), das läßt den Beobachter der Szene oft sprachlos werden. PARTEIFREUNDE, DAMIT MUSS ENDLICH SCHLUSS SEIN !

Jede Mark, die von Nationaldemokraten in parteifremde Kassen gesteckt wird, schwächt die Partei und dient langfristig der staatlich geförderten Zersplitterung der nationalen Kräfte im Lande. Es muß endlich selbstverständlich werden, daß Spenden von Nationaldemokraten auch nur der NPD / JN und damit unserer gemeinsamen Sache zugute kommen.
Mit jeder Spende, die der NPD nicht zufließt, verringern sich die Möglichkeiten unserer in Berlin ohnehin schwierigen Öffentlichkeitsarbeit zusätzlich. Man kann nur einem Herrn dienen !

Wir dienen Deutschland, indem wir die NPD stark machen !

Thomas Salomon

Die satirische Seite

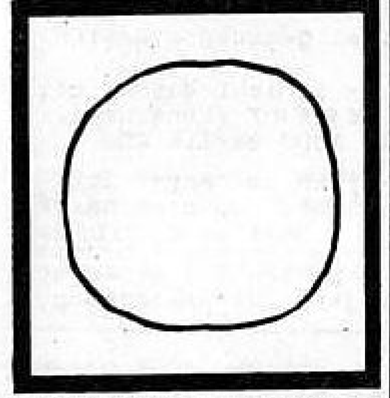
(LESEN AUF EIGENE GEFAHR)

Zentraler Merksatz für Bonner Jungdiplomaten mit Karriereabsichten:

MERKE

Es genügt nicht, keine Meinung zu haben. Man muß auch unfähig sein, sie auszudrücken

Was ist das ?



Sich stetig vergrößernder Leserkreis dieses Blattes.

KINOTIP des Monats + + + KINOTIP des Monats + + +

Dem belgischen Regisseur Serge Eukretin ist ein neues Meisterwerk gelungen. Sein halbdokumentarischer Actionfilm "Das unendliche Nichts" liefert eine ebenso einfühlsame wie wirklichkeitsnahe Beschreibung des EG-Zentralapparates in Brüssel . Der Zuschauer erlebt live die Beratung der Einführungsverordnung von bittersüßen Karamelbonbons, die dann aber keine Mehrheit findet und an den Ausschuß für klebrige Angelegenheiten überwiesen wird. Der zollfreie Austausch von Katzenfellen scheitert, da britische Katzen kürzere Schwänze haben, anteilmäßig also weniger Fell liefern. Der angerufene Ausschuß für haarige Angelegenheiten, der im 20-Wochen-Turnus tagt, findet keine Einigung. Gewagte Szenen auch bei der Beratung über die Einfuhr von skandinavischen Porno-Erzeugnissen im Ausschuß für schlüpfrige Angelegenheiten, dessen Vorsitzender Lasse Rinnström sich beim Durcharbeiten eines Berges von Sado-Videos u. Nilpferdpeitschen darüber beklagt, daß die USA mit solchen Produkten zu Dumpingpreisen gezielt den EG-Markt attackieren. Immer wieder fängt die Kamera den Butterberg, den Schweine- Rinder- und Geflügelberg gekonnt ein. Unvergessen bleibt die Szene im EG-Parlament, wo nach der Beratung über höhere Diäten den Abgeordneten angesichts ungetrübter europäischer Einigkeit nach zwei Minuten harter Debatte und einstimmiger Kampfabstimmung Tränen der Rührung über die Wangen rollen und mit Blick auf den anwesenden Bundeskanzler das Lied "For he's a jolly good fellow" angestimmt wird. Schauspielern wie Willy Knillowitsch, Lisa Filz und Otto Schröpfner verdanken wir die einmalige Darstellung von Charakteren, die Wortblasen aus einem Nichts und aus diesem Nichts für sich Geld herauszuholen perfekt imstande sind.

Am Nebentisch belauscht

Der derzeitige Zustand unseres Staates läßt sich auf folgenden Nenner bringen: Der Wirtschaftsminister nimmt Geld von Flick, das der Verteidigungsminister benötigt, um Plauderstündchen mit Strichjungen zu veranstalten, damit verhindert werden kann, daß ein General dazu erpreßt wird, Staatsgeheimnisse zu verraten, die im Straßengraben gefunden werden.

— — — — — — — — — — — —

Die CSU eröffnete den Europawahlkampf mit der Parole: "CSU - die Partei, die der Jugend eine Chance gibt!" N e u : Diesmal mit l e b e n d e n Jugendlichen.

Jeder Wähler der den Wahlversprechen der Systemparteien glaubt, wird aus der Dunkenheit hinter's Licht geführt.

(Gewachsene Volksweisheit)



Noch'n Kanalarbeiter in Berlin

Veranstaltungskalender

KV Bln.-Südost Mittwoch, 30. Mai, 20 Uhr. Mitgliederversammlung mit geladenen Gästen. Einladungen über NPD KV Bln.-Südost, Postfach 44 0 119, 1000 Berlin 44 .

LV Berlin Sonnabend, 2. Juni, um 20,15 Uhr im ersten Fernsehprogramm nach der TAGESSCHAU: Letzter NPD-Werbespot zur Europawahl. Weitersagen !

KV Bln.-Nord Donnerstag, 7. Juni 1984, 19,30 Uhr: NPD-FORUM. Einladungen: NPD KV Bln.-Nord, Postfach 650102, 1000 Berlin 65, Tel. 451 30 07 .

KV Bln.-Südwest Dienstag, 12. Juni, Informationsabend zu einem aktuellen Thema. Informationen über NPD KV Bln.-Südwest, Postfach 41 0 205, 1000 Berlin 41. Tel. 491 59 79 .

LV Berlin Wochenende 16./17. Juni: 15. ord. NPD-Landesparteitag im Exil in Schleswig-Holstein und Besuch des Marineehrenmals in Laboe .

JN-Berlin Sonnabend 23. Juni um 16 Uhr; Treffen der JN im Zentrum-Nord.

KV Bln.-Nord " " " 20 Uhr: Gemeinsame Veranstaltung mit westdeutschen Kameraden. Es spricht u.a. Hartmut HÖSCHEN (Mitglied des Präsidiums der NPD) Näheres bitte der Einladung entnehmen. Tel. 451 30 07 .

KV Bln.-Südost Mittwoch, 27. Juni , Mitgliedervers. m. geladenen Gästen.

KV Bln.-West Freitag, 6. Juli , Informationsabend. Es spricht das Mitgl. der Landespressestelle Niedersachsen, Karl-Heinz EBERT (Lüneburg). Informationen: NPD KV Bln.-West, Postfach 20 0 331, 1000 Berlin 20 .

Jeden ersten Sonntag im Monat POLITISCHER FRÜHSCHOPPEN im "Spree-Eck", Tegeler Weg Ecke Brahestr. in Bln.10. (Nähe U- u. S-Bhf. Jungfernheide) jeweils von 11 - 13 Uhr. Die nächsten Frühschoppen: 3.Juni u. 1.Juli 84 .

Dieser Terminkalender ist NICHT vollständig. Bitte beachten Sie wegen möglicher Terminänderungen immer die Hinweise am Ende jeder Veranstaltung.

Plötzlich und unerwartet ging unser Parteifreund und Kamerad

MAX MEHLING

für immer von uns. Seine Aktivität bleibt uns Vorbild u. Ansporn.

NPD Landesverband Berlin
Kreisverband Berlin-Südost.

Fortsetzung von Seite 5 (Sich wehren lohnt sich doch) :
Regierende Regierte Bürgermeister noch nicht einmal die Notwendigkeit, zu unserer Anregung, eine Petitionsstelle bei den Alliierten einzurichten, näher Stellung zu nehmen, geschweige denn, das Anliegen zu unterstützen. Die nun in Gang gekommene Entwicklung bedarf der sorgfältigen Beobachtung; wobei eines unverändert sicher ist: Das Eintreten für mehr Souveränität der Berliner in ihrer Stadt, kann auch künftig von den Rathauspolitikern nicht erwartet werden. Nach wie vor gilt hier die Weisheit : "Wes Brot ich eß, des Lied ich sing." (Sn)